

Niederschrift

über die 20. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 20. Oktober 2016
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:40 Uhr

Unterbrechungen: -

Anwesenheit: Soll: 41 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist: 35 Mitglieder der Stadtvertretung
85,37 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **Blasewitz** (fraktionslos)
Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE)
Ratsherr **Lundershausen** (DIE LINKE)
Ratsherr **Messner** (CDU)
Ratsherr **Stegemann** (CDU)

Unentschuldigt fehlten: Ratsherr **Schnell** (fraktionslos)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau **Kunert**, 2. Stellvertreterin

I. Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, eröffnet die 20. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

II. Einwohnerfragestunde

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsfrau Parlow die Einwohnerfragestunde.

- III. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
 - Feststellung der Anwesenheit

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang am 12. Oktober 2016).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

- IV. Beschluss über die Niederschrift der 19. Sitzung der Stadtvertretung am 8. September 2016**

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

- V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

VI/584 Informationsvorlage
Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Münzberger** (SPD) bezieht sich auf den Punkt 2.3.1 „Informationen der Wohngeldbehörde“. Im letzten Satz heißt es „In der Wohngeldbehörde der Stadt steigen die Haushalte mit Wohngeldbezug im Zahlmonat Juni 2016 im Vergleich zum Monat Dezember 2015 um 30 %.“

Fragen:

- Was ist der Ausgangswert?
- Wie wurde die Mehrbelastung personell gelöst?

Die Frage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **VI/603**.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

- VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

Ratsfrau **Parlow**, Stadtpräsidentin, teilt mit, dass Ratsherr Prof. Dr. Oppermann seinen Rücktritt aus der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Sparkasse Neubrandenburg-Demmin per 30. September 2016 mitgeteilt habe. Eine Nachbesetzung erfolgt durch die Fraktion der SPD.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bezieht sich auf die Sondersitzung der Stadtvertretung am 17. November 2016. Er bittet um Zustimmung, die Vorlage VI/563 (HSK) direkt im Finanzausschuss am 2. November 2016 zu behandeln und dann im Hauptausschuss am 10. November 2016 die Verweisung in die Stadtvertretung am 17. November 2016 vorzunehmen.

In der Sondersitzung der Stadtvertretung werden das HSK, die Konsolidierungsvereinbarung und drei weitere Vorlagen bezüglich der Neubrandenburger Stadtwerke behandelt.

Weiter informiert er, dass die Konsolidierungsvereinbarung im FAG-Beirat am 17. Oktober 2016 positiv votiert wurde.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten) bezieht sich auf den Lieferverkehr in der Turmstraße, der auch außerhalb der Lieferzeiten stattfindet.

Frage:

- Gibt es Ausnahmegenehmigungen?
- Wenn ja, in welchem Umfang wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt und werden dafür Gebühren erhoben?

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, teilt mit, dass es Ausnahmegenehmigungen gibt, die per Gesetz geregelt sind. Er sagt eine schriftliche Antwort zu.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **VI/604**.

Weiter erkundigt sich Ratsherr **Dr. Kirchhefer**, ob es Zahlen über Unfälle, die im Zusammenhang mit roten Ampeln entstehen, gibt. Wenn es eine Häufung von Unfällen gibt, müsse versucht werden, eine Lösung zu finden.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **VI/605**.

Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten) bezieht sich auf das Baugeschehen am Augustabad. Bisher habe es Probleme mit der Nutzung Strandbad und der Nutzung als Wohngebiet gegeben.

Frage:

- Wie weit ist der Bauantrag?
- Welche Lösungen gibt es bezüglich des Streitpunktes Lärm und Wohnen?

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass die Baugenehmigungen für ein Einfamilienhaus und drei Mehrfamilienhäuser erteilt wurden. Für ein weiteres Einfamilienhaus liege der Bauantrag vor. Bezüglich der Lärmproblematik informiert er, dass eine Mischnutzung, d. h. auch eine gewerbliche Nutzung, vorgesehen ist.

Zunächst werden die Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser gebaut. Nach wie vor sei Bedingung, dass auch die Gewerbeflächen bebaut werden, um Charakter und Ziel des Bebauungsplans einzuhalten.

Es hieß, dass die Ausrichtung der Balkone zum Strandbad in Verbindung mit Lärm durch das Strandbad schwierig sei, erinnert Ratsherr **Mantseris**. Trotzdem sind Balkone in Richtung Strandbad geplant.

Frage:

- Welche Lösung gibt es?

Die Mischnutzung ergebe die Lärmwerte, so Herr **Witt**. Indem die Gewerbebebauung eingehalten wird, werde dem Charakter des Bebauungsplanes Rechnung getragen. Damit seien dann auch die Lärmwerte gerechtfertigt.

Wesentlich sei, dass eine Mischnutzung entsteht, damit die Lärmwerte eingehalten werden können, unterstreicht auch Herr **Renner**, Leiter Fachbereich 2. Darüber hinaus werden die Balkonanlagen mit zusätzlichen Schutzeinrichtungen (Schiebewänden) versehen, die bei Bedarf geschlossen werden können.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, bittet jeweils ein Änderungsblatt nachzutragen zum

TOP 1 VI/569 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg

- TOP 7 VI/522** Integrationskonzept - Zuwanderung und Integration in der Stadt Neubrandenburg
(Diese Vorlage hat somit 2 Änderungsblätter)
- TOP 10 VI/593** Würdigung des Ehrenamtes durch die Stadtvertretung Neubrandenburg
- TOP 11 VI/556** Förderung des Vereins Tanzaktion e. V. zur Sicherung der klassischen und sportlichen Tanzausbildung zur Verlängerung des Mietvertrages der Stadt Neubrandenburg mit der GbR Neustrelitzer Straße (Tanzhaus) für 10 Jahre
(Diese Vorlage hat somit 2 Änderungsblätter)

Des Weiteren schlägt sie vor, die **TOP 4 und 5** (Abwägungsbeschluss und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 116 „Brinkstraße/Tollense“) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Außerdem sind folgende Mitwirkungsverbote angezeigt zum:

- TOP 14 VI/552** Entlastung des Aufsichtsrates der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz für das Geschäftsjahr 2015

durch Rats Herrn **Stieber** (SPD), Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU), Rats Herrn **Gesswein** (CDU), Rats Herrn **Fuhrmann** (DIE LINKE) und Ratsfrau **Parlow** (DIE LINKE) sowie zum

- TOP 16 VI/554** Entlastung des Aufsichtsrates der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH für das Geschäftsjahr 2015

durch Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU), Rats Herrn **Kowalick** (DIE LINKE), Rats Herrn **Luttkus** (CDU), Rats Herrn **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten), Rats Herrn **Münzberger** (SPD), Rats Herrn **Stieber** (SPD) und **Rats Herrn Jeschke** (CDU) und zum

- TOP 18 VI/558** Entlastung des Aufsichtsrates der KEG-Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015

durch Herrn **Witt**, Oberbürgermeister.

Weiter informiert sie, dass für Fragen der Mitglieder der Stadtvertretung zum

TOP 15 (VI/553 - Jahresabschluss der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH für das Geschäftsjahr 2015 sowie Konzernabschluss) die Herren **Hanson**, Geschäftsführer der neu.sw, und **Karn**, Hauptabteilungsleiter Finanzen/Bilanzen der neu.sw, und zum

TOP 17 (VI/557 - Jahresabschluss der KEG-Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015) Herr **Riemer**, Geschäftsführer der KEG, zur Verfügung stehen.

Rats Herr **Gille** (SPD) zeigt Mitwirkungsverbot zum **TOP 4** (DS VI/542) und **TOP 5** (DS VI/543) an.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, zieht den TOP 12 (VI/567 - An- und Verkauf von Grund/Boden im Bereich der Brinkstraße) zurück und kündigt ein Änderungsblatt an. Die Drucksache wird erneut in der Sitzung der Stadtvertretung am 8. Dezember 2016 behandelt.

Abstimmung über das Rederecht: Dem Rederecht wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1 **VI/569** 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg
 1. u. 2. Lesung Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 1 Änderungs- Fraktion der CDU
 blatt Fraktion der SPD
 Fraktion B90/Grüne_Piraten

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen bestätigt.

Beschlusnummer: 365/20/16

TOP 2 **VI/583** Änderung des Beschlusses 7/01/14
 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden
 Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der
 Kommunalverfassung M-V
 hier: Ausschuss Generationen, Bildung und Sport
 Einreicher: ZG CDU/FDP

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 366/20/16

TOP 3 **VI/594** Schulsozialarbeit ist originäre Aufgabe des Landes!
 Einreicher: Fraktion der SPD
 Fraktion DIE LINKE
 Fraktion B90/Grüne_Piraten

Schulsozialarbeiter/innen werden auch zukünftig dringend gebraucht, so Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD). Schulsozialarbeit werde als Jugendsozialarbeit bezeichnet und die Frage sei, ob es eine pflichtige oder eine freiwillige Aufgabe ist. Seiner Ansicht nach sei es eine Pflichtaufgabe im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel.

Der Landkreis sei grundsätzlich für Schulsozialarbeit zuständig. Nun tauche die Frage auf, ob auch das Land dafür zuständig sein kann und wer den Sozialarbeitern gegenüber die Personal- und die Fachaufsicht führt.

Im Rahmen der Informationen vom Innenministerium und PwC zum Haushaltssicherungskonzept sei gesagt worden, dass Neubrandenburg zu viele freiwillige Leistungen hätte. Schulsozialarbeit sei aus seiner Sicht Landesaufgabe.

Er schlägt vor, den Gegenstand folgendermaßen zu ändern: „Inklusiv/Integrative Schulsozialarbeit ist Aufgabe des Landes!“ Somit sei der Gegenstand offener.

Das Land sollte in dieser Situation Verantwortung übernehmen, zumindest unter dem Gesichtspunkt der Integration und der Inklusion.

Die Einreicher bitten den Oberbürgermeister, das mit Nachdruck zu transportieren und die Ratsfrauen und Ratsherren gelegentlich darüber zu informieren.

Auf Nachfrage der Stadtpräsidentin und nach Abstimmung zwischen Herrn Meyer zu Schlochtern, Leiter Recht und Vergaben, und Ratsherrn Prof. Dr. Northoff, bleibt der ursprüngliche Name des Gegenstandes bestehen.

Schulsozialarbeit sei richtig und wichtig, so Ratsherr **Schwanke** (CDU). Jedoch beginne die Schulsozialarbeit in der Familie.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass in der vergangenen Woche ein Gespräch mit dem zuständigen Dezernenten im Landkreis, Herrn Löffler, und Mitarbeitern des zuständigen Amtes stattgefunden habe. Ende Oktober/Anfang November werde erneut beraten, da dann der Landkreis als zuständige Behörde die Gespräche in Schwerin geführt habe. Informationen dazu werde er im Hauptausschuss und in der Stadtvertretung geben.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 367/20/16

Ratsherr **Gille** (SPD) verlässt aufgrund des angezeigten Mitwirkungsverbot den Abstimmungsraum.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 4 **VI/542** Bebauungsplan Nr. 116 "Brinkstraße/Tollense"
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 10 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 368/20/16

TOP 5 **VI/543** Bebauungsplan Nr. 116 "Brinkstraße/Tollense"
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 10 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 369/20/16

Ratsherr **Gille** (SPD) betritt den Abstimmungsraum wieder.

TOP 6 **VI/548** Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) in der Stadt
Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 10 Dafürstimmen

Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport: 11 Dafürstimmen

Die Fraktion DIE LINKE habe angeregt, eine Aufwand-Nutzen-Diskussion zu dieser Vorlage durchzuführen, so Ratsfrau **Schult** (DIE LINKE). Einerseits begrüße die Fraktion DIE LINKE, dass Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) durch die Arbeit an so einem Maßnahmeplan mehr ins Blickfeld gerückt werden. Andererseits werde dem Maßnahmeplan selbst mit einiger Skepsis entgegengesehen.

Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände setzen große Hoffnung auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie erwarten von einem Maßnahmeplan konkrete, inhaltlich und zeitlich abrechenbare Maßnahmen mit Angabe der Verantwortlichen, die ihnen die Chancen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, verbessern.

Das liege nicht alles in der Hand der Stadt, aber auch im eigenen Wirkungskreis gebe es noch viel zu tun.

Konkrete Maßnahmen seien jedoch nicht zum Nulltarif zu haben.

Fragen:

- Bis wann soll der Maßnahmeplan vorgelegt werden?
- Wird es eine Fassung in „leichter Sprache“ geben?
- Wie soll die Öffentlichkeit beteiligt werden?

Es werde eine Kurzanalyse und eine Beschreibung der Rahmenbedingungen vorgenommen, informiert Herr **Renner**, Leiter Fachbereich 2. Der Stadt liege allerdings mehr daran, Maßnahmen zu definieren, die die Kommune beeinflussen kann.

Dieser Maßnahmeplan muss und soll von Zeit zu Zeit fortgeschrieben und durch die Stadtvertretung kontrolliert werden.

Das Dokument werde in den Fachausschüssen beraten. Insofern werde zum einen darüber Öffentlichkeitsarbeit geleistet und zum anderen werde der Maßnahmeplan mit den relevanten Verbänden beraten.

Die Übersetzung der Ausfertigung in eine andere Sprache sei grundsätzlich möglich. Die Anregung werde aufgenommen. Es sei geplant, den Entwurf im April 2017 vorzulegen.

Auch in den Bürgersprechstunden sei dieses Thema vermehrt angesprochen worden, informiert Herr **Witt**. Zum einen seien die großen Maßnahmen und zum anderen sei die Sensibilisierung für die kleinen Maßnahmen thematisiert worden.

Wenn ein Inklusionskonzept für Neubrandenburg entwickelt wird, dann müsse der Prozess der Entwicklung auch inklusiv betrieben werden, so Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten). Er regt an, eine Konferenz der relevanten Verbände und Vereinigung durchzuführen.

Frau **Beck-Helbing**, Beauftragte für die Belange behinderter Menschen in der Stadt, informiert, dass im Behindertenbeirat mit Verantwortlichen und Betroffenen in der Stadt zusammengearbeitet werde. Aufgaben im Bereich der sozialen Betreuung, der Pflege und der Gesundheit übernehme seit ca. einem Jahr Frau Michels von der Hochschule.

Das Thema dürfe nicht unter dem Aspekt Aufwand und Ergebnis diskutiert werden, so Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD). Das sei Programmatik. Die Verwirklichung der Programmatik sei für „uns“ Selbstverpflichtung.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 370/20/16

TOP 7 **VI/522** Integrationskonzept - Zuwanderung und Integration in der Stadt
 2 Änderungs- Neubrandenburg
 blätter Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:	9 Dafürstimmen
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport:	8 Dafürstimmen
Kulturausschuss:	einstimmig dafür
Finanzausschuss:	7 Dafürstimmen

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) macht darauf aufmerksam, dass auf Seite 60 in der Anlage 6, die Angabe von Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 beim SV Hanse Neubrandenburg e. V. fehlt. Der SV Hanse habe seit dem Sommer drei Jugendmannschaften im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten) lobt, dass die Vereine und Verbände beteiligt wurden.

Weiter regt er an, zu „beleuchten“, wie Integration in unserer Gesellschaft gelebt wird. Die Frage des alltäglichen Rassismus oder auch der Blickwinkel der Flüchtlinge selbst sollte in dieses Konzept einfließen und Aufgabe des entsprechenden Mitarbeiters werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bedankt sich für die Anregung und zitiert aus dem Grußwortes des Integrationskonzeptes: „Ziel ist es, eine harmonische Stadtgesellschaft zu schaffen.“ Er finde es wichtig, an dieser Stelle nicht zu separieren, sondern im Blick zu haben, dass „wir“ eine harmonische Stadtgesellschaft sind. Es sei wichtig, auch die Menschen einzubeziehen, die schon lange in der Stadt Neubrandenburg leben und das Gefühl haben, nicht integriert zu sein.

Es sei eine gesellschaftliche Aufgabe, vorhandene Angebote zu kommunizieren. Deshalb wende sich dieses Konzept nicht nur an eine Zielgruppe, die seit kurzem in Neubrandenburg lebt, sondern zeige auf, welche ehrenamtliche, gesellschaftlich soziale Arbeit in der Stadt Neubrandenburg geleistet werde und wer die Ansprechpartner sind.

Abschließend bedankt er sich bei allen Vereinen und Verbänden, die daran mitgearbeitet haben, und auch bei Herrn Bock als Integrationsbeauftragten.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 371/20/16

TOP 8 **VI/544** Benennung einer Straße Bebauungsplan Nr. 116 "Brinkstraße/Tollense"
 Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 372/20/16

TOP 9 **VI/568** Beschluss über die Annahme einer Geldspende durch die Stadtvertre-
 1 Änderungs- tung für die Beschaffung von Lesekisten für Vereine des Stadtgebietes
 blatt und die Durchführung von Schulungen für Lesepatzen zur Steigerung der
 Sprachkompetenz von Kindern durch Vorleseveranstaltungen
 Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Finanzausschuss: 7 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 373/20/16

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 16:40 Uhr geschlossen.

Irina Parlow
Stadtpräsidentin

Doris Gartz
stellvertretende Stadtpräsidentin

Anne Christofzik
Protokollantin